

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Den Projektionen zufolge wird sich das Wirtschaftswachstum 2017 beschleunigen. Die im Januar erfolgte Anhebung des Mindestlohns und die anhaltend kräftige Arbeitsnachfrage werden sich für die Arbeitskräfte positiv auswirken und dem Konsum Auftrieb geben. Bei den privaten und öffentlichen Investitionen ist eine Erholung zu beobachten. 2018 werden Arbeitskräfteengpässe das Wachstum bremsen und den Inflationsdruck erhöhen, so dass die Inflation bis Ende 2018 über dem Zielwert von 2% verharren wird.

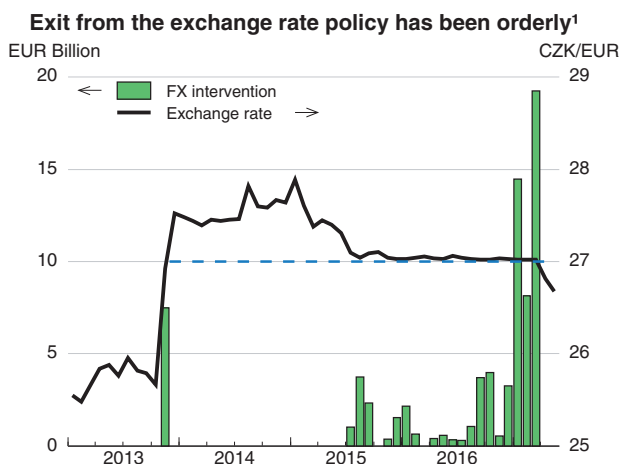
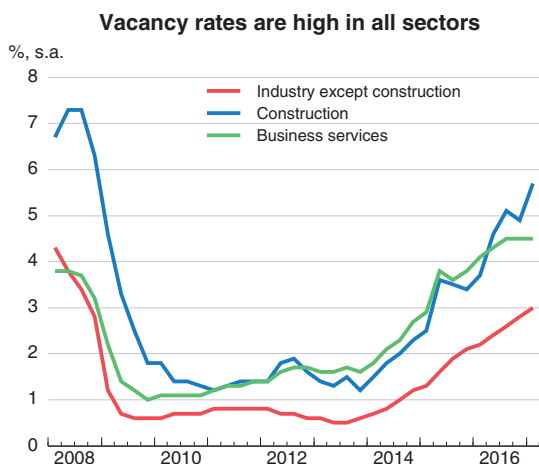
Im April hat die Zentralbank ihre unkonventionelle Politik der Deckelung des Wechselkurses der tschechischen Krone gegenüber dem Euro erfolgreich beendet, was ein freies Floating der Währung ermöglicht. Ab Ende 2017 wird die Geldpolitik voraussichtlich schrittweise gestrafft werden, um der steigenden Inflation entgegenzuwirken. Die 2017 leicht expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik wird der Zentralbank Spielraum für eine Anhebung der Zinssätze verschaffen. Strukturpolitische Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitskräftemangels und zur Steigerung der Produktivität – wie ein Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, um Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben zu ermöglichen – würden ein rascheres Wachstum und höhere Löhne fördern.

Die Wirtschaft ist dank ausländischer Investitionen stark in globale Wertschöpfungsketten integriert. In der Vergangenheit wurden durch die niedrigen Löhne ausländische Unternehmen angezogen, nun besteht die Herausforderung jedoch darin, die Wertschöpfung zu erhöhen, um die Globalisierungserträge zu steigern. Die Anreize für eine stärkere FuE-Tätigkeit tschechischer Unternehmen sollten erhöht werden. Lebenslanges Lernen würde der Erwerbsbevölkerung die Anpassung an diese Veränderungen erleichtern.

Die Auslandsnachfrage sorgt für positive Effekte

2016 belastete die schwache Binnennachfrage das BIP-Wachstum, was in erster Linie durch den erwarteten Investitionsrückgang im Zusammenhang mit dem Übergang in eine neue EU-Förderperiode bedingt war. Eine starke Belebung der Auslandsnachfrage gab jedoch den Exporten Auftrieb. Auch die Wohnungsbauminvestitionen expandieren kräftig.

Czech Republic



1. The dotted line is the exchange rate floor set by the Czech National Bank on 7 November 2013 and removed on 6 April 2017.
Source: Eurostat; and Czech National Bank.

Czech Republic: **Demand, output and prices**

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Current prices CZK billion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
GDP at market prices	4 097.0	2.7	4.6	2.3	2.9	2.6
Private consumption	2 024.7	1.8	3.1	2.8	3.0	2.6
Government consumption	826.0	1.1	2.0	1.2	1.8	1.8
Gross fixed capital formation	1 026.3	3.9	9.1	-3.9	1.7	4.1
Final domestic demand	3 877.0	2.2	4.5	0.6	2.4	2.9
Stockbuilding ¹	- 15.9	1.1	0.3	0.7	-0.1	0.0
Total domestic demand	3 861.1	3.4	4.8	1.4	2.2	2.8
Exports of goods and services	3 147.9	8.7	7.9	4.0	3.8	4.5
Imports of goods and services	2 912.0	10.1	8.4	3.0	3.0	4.9
Net exports ¹	235.9	-0.5	0.1	1.0	0.9	0.0
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	2.5	1.0	1.1	1.4	2.0
Consumer price index	—	0.4	0.3	0.7	2.3	2.2
Private consumption deflator	—	0.6	0.1	0.6	2.1	1.8
Unemployment rate	—	6.1	5.0	4.0	3.3	3.3
General government financial balance ²	—	-1.9	-0.6	0.6	0.4	0.6
General government gross debt ²	—	56.9	53.9	49.7	48.5	47.2
General government debt, Maastricht definition ²	—	42.2	40.3	37.2	36.0	34.7
Current account balance ²	—	0.2	0.2	1.1	1.0	1.4

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. As a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 101 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933505771>

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist weiterhin hoch, was das Lohnwachstum und das Konsumklima fördert. Die Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen haben einen historischen Höchststand erreicht, und die Kapazitätsüberhänge am Arbeitsmarkt werden abgebaut. Das Geschäftsklima und die Ertragslage haben sich in den meisten Sektoren verschlechtert, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen nach wie vor günstig sind. Die schrumpfenden Kapazitätsüberhänge und höhere Nahrungsmittel- und Energiepreise ließen die Gesamtinflation Anfang 2017 auf über 2% steigen.

Die makroökonomische Politik ist weiterhin konjunkturstützend ausgerichtet

Da sowohl die Gesamtinflation als auch die Kerninflation den Zielwert von 2% überschritten hatte, beendete die Zentralbank im April 2017 ihre Wechselkurspolitik, die eine Aufwertung gegenüber dem Euro verhindert und damit deflationäre Tendenzen abgewehrt hatte. Durch umfassende Interventionen zur Begrenzung einer Währungsaufwertung Anfang 2017 stiegen die Devisenreserven auf 70% des BIP. Bislang waren die Wechselkursbewegungen moderat. Wenn dies so bleibt, dürfte die Zentralbank den Leitzins, wie in den Projektionen unterstellt, schrittweise anheben. Die Wohnimmobilienpreise und die Kreditvergabe ziehen an. Zur Eindämmung der Finanzmarktstabilitätsrisiken wurden im Januar antizyklische Kapitalpuffer eingeführt, und im Parlament wird derzeit ein Gesetzentwurf diskutiert, der die Zentralbank ermächtigen würde, eine Obergrenze für die Beleihungsquote bei Hypothekenkrediten festzulegen.

Das Einkommenswachstum und die Verbesserung der Steuerdisziplin trugen dazu bei, dass 2016 ein starkes Wachstum der Staatseinnahmen verzeichnet und ein Haushaltsüberschuss in Rekordhöhe erzielt wurde. Die Fiskalpolitik dürfte 2017 bedingt durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor sowie eine erneute Zunahme nationaler und von der Europäischen Union finanzierter Projekte leicht expansiv sein und 2018 eine neutrale Ausrichtung erhalten. Es bedarf weiterer Anstrengungen und einer besseren ressortübergreifenden Koordination, um eine stärkere Inanspruchnahme der EU-Fördermittel zu gewährleisten. 2017 werden die Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor und Rentenzuschläge für ein inklusiveres Wachstum sorgen. Der begrüßenswerte neue Haushaltsrahmen wurde angenommen. Er sieht einen Fiskalrat, eine Ausgabenregel und eine Schuldenbremse vor.

Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsangebots und der Produktivität würden für ein tragfähigeres Lohnwachstum sorgen. Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen wächst, es bedarf jedoch weiterer Kinderbetreuungsplätze, und das Steuer- und Transfer-system wirkt einer Rückkehr der Mütter ins Erwerbsleben entgegen. Die Regierung plant, Unternehmen die Inanspruchnahme der Programme für qualifizierte Zuwanderer zu erleichtern, was eine Verringerung des Fachkräftemangels erwarten lässt. Die neue Exportstrategie zielt auf eine Diversifizierung der Exportmärkte und eine Verbesserung des Zugangs von Unternehmen zu Informationen und Finanzierungsmöglichkeiten ab, wodurch sich der inländische Wertschöpfungsgehalt der tschechischen Exporte erhöhen dürfte. Die Steueranreize für FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors sollten erhöht und durch öffentliche Kofinanzierungsprogramme ergänzt werden.

Die Binnennachfrage wird das Wachstum tragen

Das Wachstum des privaten Verbrauchs wird den Projektionen zufolge weiterhin von einem kräftigen Einkommenswachstum und einer sinkenden Sparquote profitieren. Wenn die von der EU finanzierten Projekte anlaufen, wird sich das Investitionswachstum beschleunigen. Das Exportwachstum dürfte 2017 robust bleiben und 2018 unter dem Einfluss der anhaltenden Erholung in Europa an Fahrt gewinnen. Die kräftige Arbeitsnachfrage und das begrenzte Arbeitsangebot werden die Arbeitslosenquote auf neue Tiefststände drücken und für Lohnauftrieb sorgen. Die Inflation dürfte in beiden Jahren knapp über dem Inflationsziel von 2% verharren.

Die Hauptrisiken liegen im außenwirtschaftlichen Bereich. Das größte Risiko besteht in einer starken Aufwertung der Währung, die die tschechische Exportwettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen würde. Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Brexit bzw. eine Konjunkturverlangsamung in China würden sich über globale Wertschöpfungsketten ebenfalls negativ auf die tschechische Exportwirtschaft auswirken. Die europäische Wirtschaft könnte dagegen überraschend stark anziehen und den Exporten Auftrieb geben. Wenn die Investitionsvorhaben der Regierung schneller als erwartet ausgeweitet werden oder Unternehmen in Ausrüstungen investieren, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, würde das Wachstum stärker ausfallen. Verbesserungen der Effizienz der öffentlichen Ausgaben würden, sofern sie vollständig umgesetzt werden, ebenfalls für mehr Wachstum sorgen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2017), "Tschechische Republik", in *OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-1-14-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.